

# Werk-Satz

vormals Schottengasse, gegründet 2005



Das Journal der Katholischen Medien Akademie (KMA)

AUSGABE 3/2021

Preis: 2,90 Euro

## ÖSTERREICH!

Bevor Österreichs Flaggen wieder wehen durften,  
mussten zahllose Menschen sterben.  
Über Soldatenfriedhöfe und weshalb  
ihre Pflege im Staatsvertrag steht,  
lesen Sie auf den Seiten 4 und 5.



## AKTUELLE MELDUNGEN

## Neue Eskalationsstufe zwischen Polen und EU

**Der Streit mit der EU** eskaliert weiter: Polen würde sich verteidigen, wenn die EU einen „Dritten Weltkrieg“ beginnen würde, sagte Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki. Der Premier drohte außerdem mit politischen Mitteln wie dem Veto-Recht im Rat der EU. Hintergrund des aktuellen Streits um EU-Gelder ist ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, nach dem EU-Recht mit Polens Verfassung nicht vereinbar sei.

## Laschet legt Funktion als NRW-Regierungschef zurück

**CDU-Politiker Armin Laschet** hat gestern sein Amt als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident niedergelegt. Heute wird er im neuen, deutschen Bundestag angelobt. Sein Nachfolger wird der bisherige Landesverkehrsminister und Parteikollege Hendrik Wüst, dessen Wahl morgen im NRW-Landesparlament vollzogen werden soll.

## Afghanistan droht Hungersnot

**Afghanistan steht** nach Angaben der UNO am Rande einer humanitären Katastrophe: Mehr als die Hälfte des Landes sei von einer akuten Nahrungsmittelknappheit betroffen. Die Versorgung von 22 Millionen Menschen sei im kommenden Winter unsicher. Die Taliban-Regierung startet das Beschäftigungsprogramm „harte Arbeit gegen Weizen“.

*Richard Gansterer*

# Kronzeugenregelung um sieben Jahre verlängert

*Die türkis-grüne Regierung hat sich auf den Begutachtungsentwurf geeinigt. Zukünftig können sich potenzielle Kronzeugen nicht nur an die Staatsanwaltschaft sondern auch an die Kriminalpolizei wenden.*

*Elisabeth Hess*

**Ein Kronzeuge ist ein Zeuge**, der in einem Strafverfahren Informationen zur Verfügung stellt, die die Täterschaft des Angeklagten beweisen soll. Im Gegensatz zu einem normalen Zeugen ist ein Kronzeuge entweder selbst Mittäter oder wegen anderer ähnlicher Straftaten angeklagt. Im Gegenzug erhält er Strafmilderung oder sogar Strafbefreiung, unter Umständen werden auch Zeugenschutzmaßnahmen eingeleitet.

Die derzeitige Regelung ist mit Jahresende befristet und wurde somit noch rechtzeitig verlängert. Die Zeit zur Begutachtung des Entwurfs ist jedoch eng – Ende der Frist ist in zwei Wochen. Die Verlängerung, die bis Ende 2028 läuft, soll noch dieses Jahr beschlossen werden.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die Bundeswettbewerbsbehörde und der Bundeskartellanwalt machen am häufigsten von der Kronzeugenregelung Gebrauch. Daher habe das Justizministerium die bisherige Regelung mit diesen Behörden gemeinsam evaluiert.

Justizministerin Alma Zadic (Grüne) betont: „Die Kronzeugenregelung ist ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kriminalität und Korruption und erleichtert



Justizministerin Alma Zadic

tert die Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaften. Wir konnten aus den Erfahrungen der letzten Jahre lernen und sie sogar noch verbessern.“ Man werde die Attraktivität für potenzielle Kronzeugen und die Verfahrensdauer „auf einer breiteren Grundlage begleitend evaluieren“, sagt Zadic.

Die Kronzeugenregelung wurde vor zehn Jahren eingeführt. Den Kronzeugenstatus kann es bei Korruptions- und Wirtschaftskriminalität sowie bei Delikten mit Strafdrohung über fünf Jahre geben. Zentrales Kriterium ist außerdem die Freiwilligkeit. Der potenzielle Kronzeuge muss aktiv an die Staatsanwaltschaft oder nun auch an die Kriminalpolizei mit seinem Wissen über kriminelle Handlungen oder Beweise herantreten – und sein Beitrag zur Aufklärung muss das Gewicht der eigenen Tat bei weitem übersteigen.

Seit 2016 kam die Kronzeugenregelung laut Justizministerium 15 Mal zum Tragen, wurde also das Verfahren gegen den Betroffenen zunächst "unter Vorbehalt späterer Verfolgung" eingestellt. In vier Fällen davon wurde das Verfahren mittlerweile endgültig eingestellt. 🚩



*Elisabeth Hess studierte am Mozarteum Salzburg und sammelte ihre ersten journalistischen Erfahrungen beim ORF Salzburg. Derzeit ist sie Freie Journalistin beim ORF Burgenland und bei Ö1 für die Sendung „Leporello“.*

# Klimagipfel führt Abdullah II. in die Hofburg

Vor dem Nationalfeiertag kam der jordanische König Abdullah II. nach Wien. Anlass war nicht seine Erwähnung in den „Pandora Papers“, sondern die Welt-Klimakonferenz.

Jonatan Gerstbach

Im Jahr 2018 reiste Bundespräsident Alexander van der Bellen in Begleitung der damaligen Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ) nach Jordanien. Er sprach über den Syrien-Krieg, besuchte ein Flüchtlingslager und die antike Stadt Petra. Nun wurde die Einladung erwidert.

Am Montag empfing van der Bellen den Jordanischen König Abdullah II. Ibn al Hussein in der Hofburg. Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem haschemitischen Königreich sind intensiv, gegenseitige Besuche haben eine lange Geschichte.

Abdullahs Vater und Vorgänger König Hussein kam oft nach Österreich und traf sich mit Präsidenten und Kanzlern. 1999 starb Hussein, sein Sohn setzte die Tradition fort. Abdullah II. gilt als gemäßigt, tritt im Nahost-Konflikt oft als Vermittler auf. Jordanien grenzt unter anderem an Israel und Syrien. Jordanien kommt in der Region eine wichtige Rolle zu. Zu Beginn des Krieges in Syrien ging Abdullah auf Distanz zum dortigen Machthaber Bashar al-Assad. Nun normalisieren sich die Beziehungen, unlängst telefonierten die beiden erstmals wieder miteinander.

Unter Druck kam Abdullah Anfang Oktober durch Ent-



Van der Bellen schreitet mit König Abdullah über den roten Teppich.

© Präsidentschaftskanzlei

hüllungen der „Pandora Papers“. Das internationale Recherchenetzwerk ICIJ hatte über die Geschäfte mit Briefkastenfirmen zahlreicher prominenter und mächtiger Personen berichtet. Der jordanische König solle demnach undurchsichtige Konstruktionen verwendet haben, um Luxusimmobilien zu kaufen. Das Königshaus wies die Anschuldigungen als „ungenau, verzerrt und übertrieben“ zurück. Aus Gründen der Sicherheit und Diskretion sei das Vorgehen gerechtfertigt.

Beim aktuellen Staatsbesuch waren Offshore-Firmen wohl kein Thema. Anlass für den Empfang war der Beginn der Glasgower UNO-Klimakonferenz am 31. Oktober. Im Vorfeld absolviert der jordanische König mehrere Kurzbesuche in europäischen Staaten. Gesprochen wird dabei über die weltweite Klimapolitik, so auch mit dem Bundespräsidenten und mit Kanzler Alexander Schallenberg (ÖVP). Das Bundesheer durfte schon vor dem Nationalfeiertag Präsenz zeigen und den Staatsempfang begleiten.



Jonatan Gerstbach studiert Publizistik in Wien und sucht gerne nach großen Zusammenhängen. Er interessiert sich für Politik und Sport und schrieb bisher für Laola1.at, die APA und Die Furche.

## LEITARTIKEL

### Startschuss mit Schwierigkeiten

**Es ist ein symbolträchtiger Beginn:**

Ab dem Nationalfeiertag gilt das österreichweite Klimaticket. Prestigeprojekt der Bundesregierung, besonders der Grünen und von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler. Ein Fahrchein für alle öffentlichen Verkehrsmittel im Land, damit wir „einfach einsteigen und losfahren“ können, wie es die Ministerin formulierte. 70.000 Menschen haben das Ticket schon erworben, bis 31. Oktober gilt der reduzierte Einstiegspreis von 949 Euro.

Und doch fällt der Startschuss nicht ohne Nebengeräusche. Die Einführung des Klimatickets in der jetzigen Form war ein hartes Stück Arbeit, die obligatorischen Meinungsverschiedenheiten der Bundesländer inklusive. Weil die ursprüngliche Idee nicht aufging, wurde sogar der Name des Tickets geändert. Das zeigt schon: Mit der Einführung allein ist es nicht getan. Gewessler hat gekämpft und sich schlussendlich durchgesetzt. Ob die erhoffte Wirkung eintritt, ist aber offen.

Damit mehr Menschen auf die Öffis umsteigen braucht es vor allem einen Ausbau des Angebotes und Alternativen zum Auto. Ob die Regierung solche schaffen kann, wird eine der entscheidenden politischen Fragen der nächsten Jahre. Der Erfolg dabei wird mitentscheidend dafür sein, wie lange die türkis-grüne Koalition hält. Das Klimaticket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber sicher nicht die Lösung aller Probleme.

Jonatan Gerstbach

# Wie kamen die Soldatenfriedhöfe in den Staatsvertrag?

*Gräber können aufgelassen werden. Wirklich alle? – Nein, es gibt Gräber, die bestehen bereits seit über 100 Jahren und sie sind auch „ewig“ zu pflegen. Dazu verpflichtete sich die Republik Österreich im Friedensvertrag von St. Germain 1919 und 1955 im Staatsvertrag.*

*Bastian Posch*

„**Würdig in Stand zu halten**“ seien die Grabstätten der gefallenen Soldaten und der verstorbenen Kriegsgefangenen, heißt es bereits in den Artikeln 171 und

zu erhalten. Ähnliches enthält auch der Staatsvertrag von 1955. Oberst i. R. Alexander Barthou, Generalsekretär des Österreichischen Schwarzen Kreuzes, meint, dass der Staatsvertrag von St. Germain ohne diesen Passus nicht zustande gekommen wäre und zudem Druck ausgeübt wurde: „Die Österreichische Delegation konnte nur unterschreiben – Einwände, Ergänzungen und Änderungen waren nicht möglich – hätten sie nicht unterschrieben hätte es keine Lebensmittellieferungen mehr gegeben.“

Bereits in der k. u. k. Armee gab es in der letzten Kriegsphase eine Teilorganisation, die ausschließlich für die Kriegstoten und Gräber verantwortlich war, berichtet Barthou. Diese kümmerten

Nach dem Zweiten Weltkrieg regelte bereits das Bundesgesetz vom 7. Juli 1948 die Pflege der Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Verstärkt wurde die Verpflichtung zur Erhaltung der Kriegsgräber und Denkmäler durch den Staatsvertrag von 1955. Im Artikel 19 ist festgeschrieben: „Österreich verpflichtet sich, die auf österreichischem Gebiet befindlichen Gräber von Soldaten, Kriegsgefangenen und zwangsweise nach Österreich gebrachten Staatsangehörigen der Alliierten Mächte und jener der anderen Vereinten Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, zu achten, zu schützen und zu erhalten.“ Da Österreich während der NS-Zeit nicht existierte, fällt die

Linkes Bild:  
Am Allerheiligentag wird für die Erhaltung der Soldatenfriedhöfe gesammelt.



Rechtes Bild:  
Ohne die freiwillige Arbeit junger Menschen könnte die Gräberpflege im Ausland nicht garantiert werden.



© Schwarzes Kreuz

172 des Staatsvertrages von St. Germain vom 2. September 1919. Und: „Die österreichische Regierung werde dafür Sorge tragen, dass die Grabstätten der auf ihren Gebieten beerdigten Heeres- und Marineangehörigen mit Achtung behandelt und in Stand gehalten werden.“

Bis heute.

Dies verpflichtet Österreich die Kriegsgräberstätten aus dem Ersten Weltkrieg

sich um die Bestattung und Grabpflege. Daraus entwickelte sich das heutige Österreichische Schwarze Kreuz, das 1919 gegründet wurde. „Die Gründung war eine Notwendigkeit, um den Gefallenen und Toten des Ersten Weltkrieges eine würdige Grabstätte zu schaffen und Möglichkeiten zur Erinnerung zu geben“, sagt der Schwarze Kreuz Generalsekretär.

Zuständigkeit für die Gräber gefallener Soldaten der deutschen Wehrmacht dem „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge“ – dem Pendant zum Schwarzen Kreuz – zu.

Die Gräber müsste laut Staatsvertrag der Österreichische Staat, genauer das Innenministerium, pflegen. Es hat jedoch eine Vereinbarung mit dem Schwarzen Kreuz getroffen und ihm die

## KRIEGSGRÄBER in Österreich

Bundesländer	Kriegsgräberanlagen	Kriegstote
Burgenland	48	9.470
Kärnten	91	18.597
Niederösterreich	205	93.267
Wien	29	34.675
Oberösterreich	90	66.255
Salzburg	53	10.942
Steiermark	339	ca. 32.000
Tirol	78	21.184
Vorarlberg	29	ca. 8600
<b>Gesamt</b>	<b>914</b>	<b>284.990</b>



Die Republik Österreich ist verpflichtet, die Gräber der Gefallen würdig zu gestalten.

© Schwarzes Kreuz

Das **Österreichische Schwarze Kreuz** ist ein überparteilicher und überkonfessioneller gemeinnütziger Verein, der sich um die Kriegsgräberfürsorge kümmert und im Sommer 1919 vom damaligen Staatssekretär Erwin Waihs gegründet wurde. Dem Schwarzen Kreuz obliegt die würdige Errichtung von Soldatenfriedhöfen und sonstigen Kriegsgräber-

anlagen der Angehörigen aller Nationen und Glaubensbekenntnisse, der Gräber der zivilen Bombenopfer sowie der Opfer politischer und rassistischer Verfolgung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges sowie die Pflege und Erhaltung von Kriegsgräbern aus der Zeit vor oder aus dem Ersten Weltkrieg.

Pflege übertragen. Heute pflegt das Schwarze Kreuz österreichweit über 900 Kriegsgräberanlagen. Auch im Ausland pflegt der Verein die Erhaltung von Kriegsgräbern, wie etwa in Italien, Kroatien, Polen, Russland und der Ukraine.

Da der Artikel für die Erhaltung und die Pflege der Kriegsgräberanlagen in den Staatsverträgen festgehalten ist, gibt es keine zeitliche Begrenzung: „Die Kriegsgräber haben das Ruherecht auf immerwährende Zeit im Vergleich zum zivilen Grab“, merkt Alexander Barthou an, „aber da dies kein Verfassungsgesetz, sondern ein einfaches Gesetz ist, könnte es theoretisch im Nationalrat mit einfacher Mehrheit abgeschafft werden.“

Für das Schwarze Kreuz ist die Gräberpflege noch umfangreicher: Es kümmert sich auch um die Gräber der KZ-Opfer in Österreich und die Gräber von österreichischen gefallenen UNO-Soldaten. „Die Grabpflege organisieren die Landesstellen mit Hilfe von Gärtnern und Vereinsangehörigen“, so Barthou. Die Gestaltung der Friedhöfe jedoch liegt in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres.

Kriegerdenkmäler ohne Grabstätte fallen in die Zuständigkeit der Gemeinde, für die Erhaltung sorgen meist die Ortsverbände des Österreichischen Kameradschaftsbundes. Wenn bei Kriegergräbern oder Kriegerdenkmälern Menschen begraben sind, ist das Schwarze Kreuz zuständig.

### Nicht ohne Ehrenamt

Das Schwarze Kreuz kann laut Barthou nicht bei allen Soldatengrabstätten im Ausland präsent sein. Deshalb wird versucht, Projekte der Friedens- und Gedenkarbeit mit Schulklassen vor Ort zu initiieren. Oder es gibt einen Friedenseinsatz von jungen Menschen zur Pflege und Erhaltung der Gräber im Ausland durch Schüleraustausch oder etwa Jugendfeuerwehren.

Auch im Inland ist das Schwarze Kreuz auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen. Es finanziert sich über projektbezogene Zuwendungen des Staates und Spenden. Genaue Zahlen werden nicht angegeben. Laut Barthou ist das Schwarze Kreuz „jedes Jahr auf die Allerheiligen-Sammlung angewie-

sen“. Und er hofft: „Heuer darf es nicht wieder zu einem solchen Rückgang wie coronabedingt letztes Jahr kommen.“

Das Schwarze Kreuz ist, so der Generalsekretär, auch weiter gerne bereit, sich um die Gräberpflege zu kümmern. Nicht nur darum, berichtet Barthou: „Das Schwarze Kreuz erhält wöchentlich Anfragen von Menschen, die auf der Suche nach ihren Angehörigen sind. Wir helfen bei der Suche, ob der Vermisste irgendwo begraben liegt oder ob es Hinweise zu seinem Verbleib gibt. Immer wieder gibt es auch eine erfolgreiche Suche und es kann Auskunft erteilt werden.“

Auch beim Schwarzen Kreuz gibt es Nachwuchsprobleme. Sollte das Schwarze Kreuz einmal nicht mehr in der Lage sein, seinem Auftrag nachzukommen, muss sich, wie Barthou bestätigt, „das Bundesministerium für Inneres darum kümmern.“



*Bastian Posch studiert Katholische Theologie und Religionspädagogik in Innsbruck. Ein ethisch wertvoller Journalismus ist ihm wichtig. Journalistisch ist er im Religionsjournalismus zu Hause und volontierte bereits bei der kathpress.*

# Festtag für Dialog

*Die Gesprächskultur in der Gesellschaft  
– dafür arbeitet der Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische  
Zusammenarbeit seit 65 Jahren.*

*Jutta Steiner*

**Am heutigen Nationalfeiertag** feiert eine kleine, doch für Österreich wesentliche Gruppe ihr 65-jähriges Bestehen. Der komplizierte Name „Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ drückt bereits aus, dass diese Arbeit manchmal auch schwierig sein kann.

Dennoch wird auch heute – begleitet vom Duo Klezmer Reloaded – ungetrübt an der gegenseitigen Wertschätzung gearbeitet: In einem Workshop wird über Antijüdisches in der Kirchenkunst gesprochen, ein Gedenksparzierung mit Beginn um 14.30 Uhr in Wien 3, Sebastianplatz 4 führt zu historischen Schauplätzen und abends wird gefeiert.

Ein Vierteljahrhundert ist Ruth Steiner, ehemals Generalsekretärin der Katholischen Aktion Österreichs, beim Koordinierungsausschuss. Sie erzählt: „Wie ich angefangen habe, hat man sich sehr geschätzt, es ist immer wieder zu freundlichen Begegnungen gekommen, es hat eine Verständigung gegeben, aber nur auf einer sehr hohen Ebene – Kardinal König und Oberrabbiner Eisenberg – aber nicht auf der Basis, der Pfarrebene. Schön langsam sind wir auf der gleichen Ebene und es kommen Gespräche zustande, es gibt Respekt, aber auch Schwierigkeiten in der Kommunikation.“

Für Heinz Anderwald aus Graz, der vor zwanzig Jahren zum Koordinierungsausschuss kam und beim Fest wie Ruth Steiner als Zeitzeuge spricht, ist diese Arbeit im Sinne des „Dialogforums




**Die Führung „Jüdischer Stephansdom“ durch Dom-Expertin Annemarie Fenzl gehört zum Programm des Koordinierungsausschusses.**

Ethik – Initiative Weltethos Österreich“, bei dem er als Vertreter des Judentums mitwirkt. Er weiß, dass der Dialog zwischen Religionen äußerst anspruchsvoll ist.

Zur Zukunft sagt der Präsident des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Martin Jäggle, em. Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Uni Wien: „Wir sind zwar 65 Jahre alt, gehen aber sicher noch lange nicht Pension.“ Er ist überzeugt: Die Gesellschaft und die Kirchen brauchen uns. Es geht um die Erneuerung der Kirchen und es geht um eine dem Judentum angemessene Gesprächskultur in der

Gesellschaft, die frei ist von Judenfeindlichkeit und Antisemitismus.“

Jäggle setzt auf die bereits begonnenen Initiativen junger Menschen, wie Likrat, eine jüdische Initiative, bei der junge Jüdinnen und Juden in Schulen über ihren Glauben reden, und das Café Abraham: Dort treffen sich jüdische, christliche und muslimische Jugendliche, um gemeinsam ihre Heiligen Schriften lesen. 

**Infos: [www.christenundjuden.org](http://www.christenundjuden.org)**



*Jutta Steiner studierte Mediengeschichte und Germanistik in Wien. Journalistisch taucht sie in die Welt der Kultur und Lebensrealitäten von Menschen ein. Veröffentlichungen u.a. in: Furchen, kulturwoche.at, BVZ, NÖN.*

# Energie wird zum Luxus

Öl, Strom und Gas waren noch nie so teuer wie jetzt. Die Arbeiterkammer fordert ein Schutzpaket. Sozialdemokraten und Freiheitliche rufen nach einer Teuerungsbremse.

Antonia Hotter

**Während draußen** die Temperaturen fallen, steigen die Energiepreise in unerwartete Höhen. Erdgas kostet im Großhandel fünf Mal mehr als vor einem Jahr. Heizöl ist um 46 Prozent teurer als zu Jahresbeginn. Wer Diesel kaufen will, muss um ein Drittel mehr Geld in die Hand nehmen. Bei Benzin sieht es nicht anders aus und die Strompreise sind im Vorjahresvergleich um 73 Prozent gestiegen.

„Die Kosten der steigenden Energiepreise fallen überproportional auf die Schultern der Ärmsten in der Gesellschaft. Einkommensungleichheiten werden offengelegt, da die Schwächsten in der Gesellschaft vor der Wahl stehen: Wärme oder Essen“, kommentiert der britische Investmentbanker Bill Blain die explodierenden Energiepreise.

In Österreich schaltet sich die Arbeiterkammer ein und fordert ein „Schutzpaket“ für Haushalte. Darin soll enthal-

ten sein: Eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses für Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind und ein temporärer Verzicht auf die Mehrwertsteuer auf Energieprodukte. Außerdem: Ein Abschaltverbot für säumige Zahler während der kalten Jahreszeit für Strom, Gas und Wärme sowie Ratenzahlungsvereinbarungen bis zu 24 Monaten. Die Botschaft ist klar: Niemand soll frieren.

## Stabilisierung frühestens 2023

Ein Einfrieren der Energiepreise bei allen Anbietern fordert die FPÖ. Sie stellt sich zudem eine Koppelung an das Lohnniveau vor. Die SPÖ schließt sich der Forderung nach einer Teuerungsbremse an. Darin sind sich die Freiheitlichen und die Sozialdemokraten mit der EU-Kommission einig: Sie hat soeben erst den Mitgliedstaaten mit Blick auf die explodierenden Energiepreise Subventionen für einkommensschwache Haushalte empfohlen.

Die Energie-Control Austria geht von einer Stabilisierung der Energiepreise bis zum Jahr 2023 aus. Sie verweist darauf, dass die erneuerbaren Energien noch nicht den ganzen Energiebedarf abdecken. Das treibe die Produktion von Gas und Kohlekraftwerken in die Höhe, wodurch die Preise steigen. Gas wird zum

Heizen genutzt, aber auch zur Stromerzeugung. Der Preisanstieg schlägt sich im Geldbeutel der Verbraucher nieder, aber nicht so stark wie im Großhandel. Ein Grund dafür ist, dass viele Haushalte bis Jahresende eine Preisgarantie haben. Der Schock könnte also noch bevorstehen.

## DENKZETTEL

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!** Die Arbeiterkammer läuft mit Unterstützung von Gewerkschaften, Städtebund und den roten Landesteilen Sturm. Gestern war der „Equal Pay Day“. Das ist jener Tag, an dem Männer durchschnittlich jenes Einkommen erreicht haben, für das Frauen noch bis Ende des Jahres arbeiten müssen. Rund 10.000 Euro im Jahr verdienen Frauen weniger.

Gönnen wir Männer unseren Müttern, Frauen und Mädchen einfach nichts? Ganz so einfach ist es nicht. Es geht vielmehr um die Pflege- und Kinderbetreuung, dadurch vereitelte Aufstiegschancen und unterschiedliche Berufsfelder: Männer sind eher in technischen Berufen zu finden, die besser bezahlt werden als die sozialen Berufe im Gesundheits- und Bildungsbereich, die oft von Frauen übernommen werden. Ungleicher Lohn für ungleiche Arbeit: Das würde der bedauernswerten Situation mehr gerecht werden, ließe sich aber weniger gut als Geschlechterkampf-Parole nutzen.

Das Hauptproblem ist: Frauen sind tendenziell eher für Kinderbetreuung, Angehörigenpflege und Haushalt zuständig als Männer. Dadurch haben sie allgemein weniger Aufstiegschancen. Am Land ist der „Pay Gap“ teils doppelt so hoch, denn die Betreuung von unter-Dreijährigen erfolgt meistens daheim. Wenn nicht mehr nur Frauen aufgrund einer Karenz ausfallen, sondern ebenso Männer, gibt es keinen Grund mehr, Frauen allein den Kinderwunsch vorzuwerfen. Wenn der Partner kocht, abwäscht und bügelt, gibt es auch für Frauen keinen Grund mehr, sich Führungspositionen ausreden zu lassen. Dazu muss aber die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Es braucht Kindergärten am Land für Zweijährige und nicht nur einen läppischen Papamonat, sondern eine richtige Papa-Karenz.

Richard Gansterer



Auch an der Börse ist Öl teuer: Die Nordseesorte Brent ist auf einem Dreijahreshoch, die US-Sorte WTI auf einem Siebenjahreshoch.

# Die Fete fällt ins Wasser

*André Hellers neues Kinderbuch holt Kinder in der pandemischen Realität ab und nimmt sie in eine Fantasiewelt mit – eine Lehre für Groß und Klein.*

Antonia Hotter

**Tullio muss seine** Geburtstagsfeier absagen – wegen einer Krankheit, wie ihm sein Vater erklärt. André Heller zeigt in seinem neu erschienen Kinderbuch, wie Coronaverordnungen die Welt der Kinder durcheinandergebracht haben. Für Tullio wäre es das Fest zum achten Geburtstag geworden – acht ist für den Buben eine besondere Ziffer: Sie ist das

mutet wie einfallsreich: Er erweckt eine Fantasiewelt zum Leben, über die eine Nachtpräsidentin herrscht. Sie bestimmt über die Träume kleiner Kinder und hat Mitleid mit Tullio. Die Nachtpräsidentin schickt ihm deshalb eine Parade von fantastischen Wesen, die ihn während des Schlafs bezaubern: Seiltänzer, Feuerspucker, Schattenspieler – das ganze Programm.


## Tröstgeschichte

Es ist eine Tröstgeschichte, die Heller erzählt. Eine Fantasiegeschichte mit einem realen Kern.

Wie viele Kinder konnten ihren Geburtstag während der Pandemie nicht

mit ihren Freunden feiern?

„Das stört keinen großen Geist“, würde Astrid Lindgrens Karlsson vom Dach vielleicht sagen. Doch wie Heller zeigt, kann eine Geburtstagsfeier für Kinder von eminenter Bedeutung sein. Während der Text in „Tullios Geburtstag“ auf das Notwendigste beschränkt ist, schmücken die Illustrationen von Maité Kalita und Esther Martens den übrigen Platz aus. Sie lassen die Leser eintauchen in bunte Farben und unter fantastische Gestal-

ten. „Tullios Geburtstag“ ist eine Auszeit von Diskussionen über Impfquoten, Maskenpflicht und Staatshilfen. Die Lehre für Groß und Klein: Wenn die Fete ins Wasser fällt, dann schwimmt! 

Zeichen der Unendlichkeit und in der jüdischen Nummernlehre die Zahl für Gerechtigkeit, Harmonie und kluges Handeln. Statt einer Kostümparty steht nun Langeweile auf dem Programm – für den Buben bricht eine Welt zusammen. Hellers Ausweg aus dem Schlamassel ist ebenso unver-



*Antonia Hotter (19) studiert Jus am Juridicum und Journalismus an der Katholischen Medien Akademie. Sie ist Teil der Börsianer-Redaktion und schreibt am liebsten über das Klima und die Wirtschaft.*



STEFFIS SENF

*Für mi is der Nationalfeiertag no immer der Tag der Fahne. Echt.*

## MELANGE

### Cringe-Alert

Sus, wer nicht weiß, was „cringe“ heißt. Zum zweiten Mal in Folge ist das deutsche Jugendwort des Jahres kein deutsches Wort. Im Vorjahr war es „lost“, heuer ist es „cringe“, den zweiten Platz belegte „sus“. Zur Erklärung: Cringe ist das Gefühl, das Menschen haben, wenn sie jemandem zurückwinken und dann draufkommen, dass der Gruß nicht ihnen galt. Der Begriff beschreibt etwas Unangenehmes oder Peinliches. „Sus“ ist die Abkürzung für „suspect“ oder „suspicious“, was so viel wie „verdächtig“ bedeutet.

Als Armin Wolf für den neuen TikTok-Kanal des ORF tanzte, schieden sich die Geister: Ist das modern oder cringe? „Cringe-Alerts“ machten die Runde: „Habt ihr schon den cringey Tanz vom Armin Wolf gesehen?“, hieß es. Am meisten Suchanfragen nach dem Wort „cringe“ gab es laut Google Trends im März 2021. Damals verlor Österreich in der Fußball EM-Qualifikation 0:4 gegen Dänemark. Cringe. Zuvor kassierte Deutschlands Fußball-Nationalteam eine Niederlage gegen Nordmazedonien. Auch ziemlich cringe für die transalpinen Nachbarn. „Sus“ boomte in den Suchanfragen am 5. September dieses Jahres. Das war der letzte Ferientag für Schüler in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, sus.

Antonia Hotter



Buch: „Tullios Geburtstag“ von André Heller. Illustriert von Maité Kalita und Esther Martens. 40 Seiten, Zsolnay, Wien, 2021.